

NEWSLETTER

15.02.2021

Avenue ID: 3041

Artikel: 2

Folgeseiten: 4

Print



12.02.2021

Beobachter

Maulkorb gegen NGOs trifft am Ende alle

01



11.02.2021

Fridolin

Erfolg, nicht Vollendung

04



Maulkorb gegen NGOs trifft am Ende alle

INTERESSENSPOLITIK. Wenn sich Hilfswerke politisch einmischen, sollen sie kein Geld vom Staat erhalten. Das verlangen bürgerliche Politiker. Doch das wird zu einem Problem auch für Bauern und die Offiziersgesellschaft.

Die Abstimmungskämpfe vom letzten Herbst brachten bürgerliche Seelen zum Kochen. Denn beim Jagdgesetz und bei der Konzernverantwortungsinitiative (Kovi) legten sich viele gemeinnützige Organisationen mächtig ins Zeug. Verschiedene Volksvertreter sehen darin einen Widerspruch: Wer direkt oder indirekt Geld vom Staat bekommt, soll nicht Politik für eine Seite machen.

So reichten in den letzten Wochen bürgerliche diverse Vorstösse im Parlament ein. Man müsse die Steuerbefreiung gemeinnütziger Organisationen aufheben, wenn sie politisch aktiv seien, fordern sie. Oder: Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die sich an politischen Kampagnen beteiligen, sollen keine Subventionen mehr erhalten.

Als Erste bekommen den Kovi-Frust jene NGOs zu spüren, die in der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind und von der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) sogenannte Programmbeiträge erhalten. Die Deza gehört zum Aussendepartement von FDP-Bundesrat Ignazio Cassis. Kurz vor Abschluss der neuen Beitragsverträge hat sein Departement eine zusätzliche Klausel eingeführt: Für ihre Informations- und Bildungsarbeit im Inland dürfen die Hilfswerke keine Deza-Gelder mehr einsetzen. Broschüren über ihre Schwerpunkte und Unterrichtsmaterialien für Schulen müssen sie von nun an aus anderen Mitteln finanzieren.

Geld zurück an den Bund. Bisher war es

bloss verboten, für politische Kampagnen- und Lobbyarbeit Deza-Gelder zu verwenden. Doch die Abgrenzung sei teils schwierig, so die Begründung für die Verschärfung. Das habe der Fall von Solidar Suisse gezeigt: Das Hilfswerk hatte in einer Broschüre über Kinderarbeit die Konzernverantwortungsinitiative erwähnt und musste darum 24000 Franken an den Bund zurückzahlen.

Aktuell erhalten 27 Hilfswerke für ihre internationalen Programme Beiträge von der Deza, insgesamt 136 Millionen Franken pro Jahr. 18 NGOs haben Informations- und Bildungsarbeit für 19 Millionen geplant. Es würden weder Gelder gekürzt, noch verpasse man den Hilfswerken einen Maulkorb, heisst es bei der Deza. Das Gesamtbudget bleibe



gleich, Informationsarbeit im Inland sei weiterhin erlaubt. Sie dürfe bloss nicht mit Deza-Geldern finanziert werden.

Für die Hilfswerke kann das dennoch zum Problem werden. «Es ist allgemein schwieriger, Spender zu finden für Informationskampagnen als für konkrete Projekte», sagt Fastenopfer-Direktor Bernd Nilles. Beim Fastenopfer habe man von den insgesamt rund 6 Millionen Franken Deza-Programmbeiträgen rund 600 000 für Information und Bildung budgetiert. Dazu gehören zum Beispiel eine Website zu Klimagerechtigkeit mit Kurzfilmen von Betroffenen oder das Kinder- und Jugendmagazin «Tut». Man könne dafür nicht einfach andere Spenden verwenden, weil sie oft zweckbestimmt seien. «Wir versuchen unser Bestes, mitten in der Pandemie neue Finanzquellen zu erschliessen.»

Zweierlei Masstab. Bei der Helvetas hatte man von insgesamt 8 Millionen rund 300 000 Franken für Informationsarbeit einplant, etwa die interaktive Wanderausstellung «Globales Glück», die Zusammenhänge rund um Armut und nachhaltige Entwicklung vermittelt. Man müsse die Lücke nun über Mitgliederbeiträge finanzieren.

Was auffällt: Die Hilfswerke müssen ihre Aufklärungsarbeit selber bezahlen, aber andere Organisationen erhalten genau dafür Geld vom Staat. Viele landwirtschaftliche Verbände etwa bekommen Millionen für die sogenannte Absatzförderung. Damit informieren sie über ihre Erzeugnisse und machen Werbung, auch an Schulen. Auf Gesuch hin übernimmt der Bund maximal die Hälfte der Kosten dafür.

2019 erhielt zum Beispiel die Milchproduzenten Genossenschaft Swissmilk 8,4 Millionen Franken, die Fleischbranchenorganisation Proviande 5,7 Millionen, der Gemüseproduzentenverband 850 000 und der Obstverband 1,9 Millionen. Weitere 2,2 Millionen Franken gingen an den Schweizer Bauernverband, für die Öffentlichkeitsarbeit.

Unpolitisch ist anders. Viele dieser Verbände, allen voran der Bauernverband, sind auch politisch aktiv. Sie weibeln derzeit gegen die Trinkwasser- und die Pestizidinitiative, die im Juni zur Abstimmung kommen. Auch die Agrarverbände dürfen mit den Subventionen keine politischen Kampagnen finanzieren. Alle betonen: Die Kassen seien strikte getrennt, das werde von der Finanzkontrolle überwacht. Bei den Programmbeiträgen der Deza ist und war das allerdings auch so.

Probleme mit der Abgrenzung ergeben sich auch bei der Vermarktung von Agrarprodukten. Denn Werbung ist einseitig und blendet negative Aspekte aus. Da ist man schnell bei Tier- und Umweltschutzfragen. Völlig unpolitisch ist die Absatzförderung deshalb nicht.

«Es ist unverständlich, dass die Informations- und Bildungsarbeit der Hilfswerke eingeschränkt wird, während Organisationen wie der Bauernverband mit Bundesgeldern massive Informationskampagnen lancieren dürfen», sagt Marco Fähndrich von der entwicklungspolitischen Organisation Alliance Sud. «Da wird mit unterschiedlichen Ellen gemessen.»

Strikte bürgerliche Antwort. Die andere Frage ist, ob und wie sich Organisationen mit ihren eigenen Mitteln überhaupt in die Politik einmischen dürfen, wenn sie zugleich von öffentlichen Geldern profitieren. Kaum oder gar nicht, lautet die bürgerliche Antwort.

FDP-Ständerat Ruedi Noser etwa nimmt die steuerbefreiten Organisationen ins Visier. Er findet: Wer politische Kampagnen führt oder Initiativen und Referenden lanciert, handelt nicht gemeinnützig, sondern im eigenen Interesse. «Das schliesst in meinen Augen eine Steuerbefreiung aus.» Kein Problem sind für ihn Empfehlungen für Abstimmungen. «Auf jeden Fall braucht es eine Klärung, welche Kriterien für alle gelten sollen.» In einer Motion fordert Noser eine ent-

sprechende Überprüfung.

FDP-Nationalrat Hans-Peter Portmann geht noch weiter. Sein Vorstoss zielt nur vordergründig auf NGOs, meint faktisch aber alle: «Jeglichen Institutionen, die über irgendeinen Kanal öffentliche Gelder erhalten, sollten politische Propaganda, Kampagnen oder direkte parteipolitische Zusammenarbeit untersagt sein.» Eine klare Trennung von gemeinnützigem und politischem

Engagement sei schwierig, darum brauche es strengere Abgrenzungsregeln.

Treffen würde das auch Interessensverbände, die dem Zürcher FDP-Nationalrat politisch durchaus nahestehen: «Zusammen mit den Gewerkschaften erhalten etwa auch Arbeitgeberverbände Bundesgelder in Millionenhöhe für die Lohnschutzkontrollen oder im Bereich Berufsbildung.» Man stelle sich vor: eine Rentenreform, ohne dass die Sozialpartner mitreden. «Solche Institutionen können ja unabhängige Vereine gründen, normal Mitglieder werben und sich mit anderem Personal politisch engagieren», meint Portmann.

«Höchst problematisch.» Fredy Greuter vom Arbeitgeberverband wundert sich: «Das würde unser Milizsystem auf den Kopf stellen.» Organisationen, die staatliche Aufträge übernehmen, brauchten keinen Maulkorb. «Interessenkonflikte lassen sich durch die richtige Governance ausräumen.»

«Höchst problematisch» findet Portmanns Idee auch die Schweizerische Offiziersgesellschaft, die sich zuletzt gegen die Kriegsmaterialinitiative einsetzte. Laut Präsident Stefan Holenstein würde «die Daseinsberechtigung vieler weiterer Milizverbände in Frage gestellt».

Beobachter



Beobachter
8021 Zürich
058 269 21 21
<https://www.beobachter.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Publikumszeitschriften
Auflage: 239'620
Erscheinungsweise: 26x jährlich

Seite: 30
Fläche: 108'792 mm²

Auftrag: 3007490
Themen-Nr.: 330.003

Referenz: 79769786
Ausschnitt Seite: 3/3

Print

Auch bei Proviande findet man klare Worte: «Die Demokratie lebt von kritischen Stimmen und verschiedenen Meinungen – egal, ob von Privatpersonen, NGOs oder Verbänden», sagt Sprecherin Regula Kennel.

CONNYSCHMID

5,7 Millionen Franken erhielt die Fleisch- branche 2019 vom Bund zur Absatz- förderung.

IN JEDER SITUATION DEN RICHTIGEN SCHUTZ

zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

NEIN zu den extremen Agrar-Initiativen

Tausende Arbeitsplätze vernichten? Lebensmittel massiv verteuern?

ckungen «Trinkwasser» & «Pestizidfrei» JUN 13

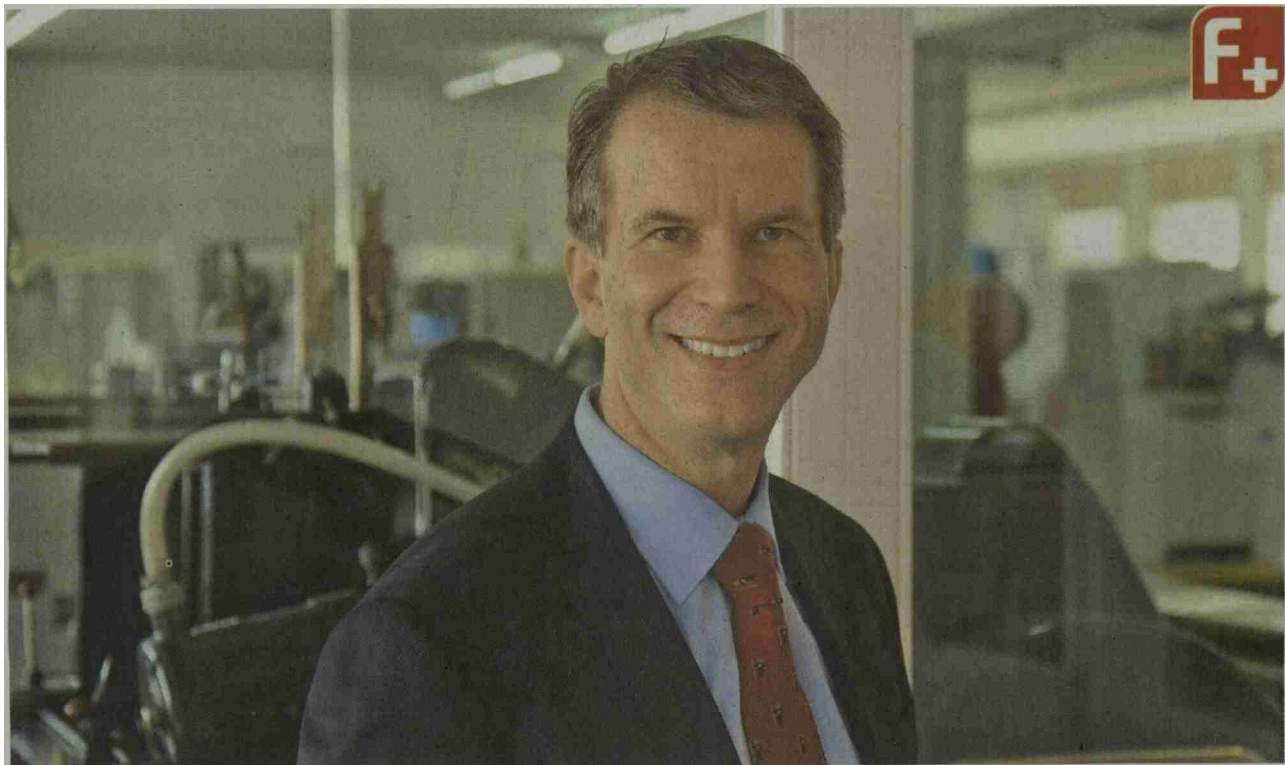
Nur noch ohne staatliche Unterstützung? Abstimmungskampagnen von Hilfswerken und Verbänden



Politgespräch mit Jürg Feldmann

Erfolg, nicht Vollendung

Jürg Feldmann war rund 30 Jahre in der Privatwirtschaft und Unternehmer, Landrat, jetzt seit 2 Jahren Hauptabteilungsleiter Militär und Zivilschutz; er kandidiert am 7. März 2021 als offizieller Kandidat von CVP/BDP/Die Mitte Glarus für die Nachfolge von CVP-Regierungsrat Dr. Rolf Widmer. Der FRIDOLIN sprach mit Jürg Feldmann über die Art, wie er führt, und auch darüber, wo er seine Akzente setzt.



Jürg Feldmann, Mitlödi, kandidiert für den Regierungsrat. Was er am Glarnerland liebt und wo er Entwicklungsakzente sieht, sagt er im Video-Statement. Fridolin+ App downloaden und Foto scannen. (Foto/Video: Ruedi Kuchen)



Im Gegensatz zu seiner erfolgreichen Judolaufbahn (Schwarzgurt 2. Dan, 15-facher Kata-Schweizer-Meister) und seiner nicht minder eindrücklichen Offizierslaufbahn (Oberst, Ausbildung an der Zentral- und Generalstabschule, Ziviler Stabschef BABS) startete Jürg Feldmann seine Politlaufbahn im Rahmen seiner Vorstandstätigkeit bei der Glarner Offiziersgesellschaft wohl vor bald 20 Jahren, aber erst relativ spät – von 2018 bis 2019 – als Landrat der CVP. In der parteiinternen Ausmarchung der CVP setzte er sich im Dezember 2020 als offizieller Kandidat durch. Seine Krisentauglichkeit konnte er im Frühjahr während der Coronavirus-Pandemie als Stabschef der Kantonalen Führungsorganisation (KFO) unter Beweis stellen. Hier musste er – in kurzer Zeit – die Köpfe in der Verwaltung kennenlernen und sie mit ihren Fähigkeiten in den Kampf gegen das Virus führen. Das habe ihn, so Feldmann, auch motiviert zur Kandidatur.

Credo

Sein Glaubensbekenntnis, oder besser seinen Leitsatz, den hört jeder und jede, schon beim ersten Eintreten ins Büro: «Ich suche den Erfolg, nicht die Vollendung. Ich brauche nicht den Schönheitspreis, ich will die Wirkung im Ziel erreichen, da bin ich Pragmatiker.» Doch ist er ein Pragmatiker mit hoher Leistungsbereitschaft, der jederzeit die Extrameile geht, denn für einen Sachpolitiker hat er eine sehr hohe Leidenschwelle. Auf die Frage, was ein Regierungsrat seiner Ansicht nach können und mitbringen muss, antwortet er: «Es braucht Demut. Wenn man keinen Erfolg hat, sich kurz hinsetzen, die Ursachen des Misserfolges analysieren und – wenn man bereit ist – wieder auf die Bevölkerung zugehen.» Gelernt hat Feldmann dies im Judo: «Ich konnte schon in jungen Jahren viel aus mei-

nen Niederlagen lernen. Denn das ist das Gute am Judo, man steht auf die Matte und gewinnt oder verliert. Aber so oder so muss man es nur mit sich selbst ausmachen.» Doch, ob Judo- oder Wahlkampf: Feldmann ist ein umsichtiger Mensch. «Ich mache zuerst eine Auslegeordnung, bereite mich vor, aber so, dass ich dynamisch bleibe und mich in diesem Prozess den sich ändernden Gegebenheiten anpasse.» Daneben ist Feldmann ein guter Kommunikator, er spricht bewusst, überlegt und klar – auf Deutsch und, wenn er auf Bundesebene mit Romands zu tun hat, auch auf Französisch. Immerhin hat er nach einer Berufslehre zum Typografen in Lausanne erst Druck- und danach noch Softwareingenieur an der HTL studiert.

Dialogbereit

«Ich brauche den Dialog!», sagt er, und es zeigt sich in der Art, wie er seine Hauptabteilung führt. «Ich hole die Leute dort ab, wo sie stehen, und integriere sie.» Er stellt an sich selber hohe Ansprüche und lebt das Vorbild – und er sieht im Vertrauen ein hohes Gut. Es gehe darum – auch jetzt in der Krise –, offen zu kommunizieren und alle Fakten auf den Tisch zu legen. Da schwingt leise Kritik mit an der Kommunikation des Bundes während der Pandemie.

In 10 Jahren

Auf die Frage, wo das Glarnerland in 10 Jahren stehe, nennt er die grossen Potenziale des Kantons. «Beim Einsatz neuer Technologien und im Ansiedeln von Familien. Es geht darum den Wohlstand zu fördern, für die Wirtschaft, also die Glarner Unternehmen, und für die Bürger. Diese Arbeit ist facettenreich und hier sind Ideen gefragt.» Mit manchen, nicht mit allen modernen Technologien, davon ist Feldmann überzeugt, lassen sich Energie und dadurch auch Kosten

sparen. Diese Technologien kennt er, er hat sie in mehreren Unternehmen als Projekt- und Geschäftsleiter eingeführt und weiterentwickelt – so etwa bei Fridolin Druck und Medien in Schwanden, bei Ringier in Zürich und bei Nimbus in Ziegelbrücke. Er selber arbeitet jetzt an der DIGLA, der Digitalisierungsstrategie Glarnerland, mit und ist überzeugt, dass der Kanton – wenn er vorwärtsmacht – hier eine Vorreiterrolle einnehmen kann. Der Bund schaue genau hin, was die Kantone machen, und sei auch bereit, dort, wo er Potenzial sehe, Pilotprojekte zu initiieren und zu finanzieren. «Gerade jetzt prescht Graubünden mit Massentests vor, der Bund trägt das mit, denn Massentests sind für uns als Gesellschaft günstiger als ein «Lockdown».» Ähnlich könnte der Kanton Glarus etwa in Sachen Verkehrspolitik schweizweit eine Vorreiterrolle einnehmen. «Wir haben im Kanton Glarus eine einzige Verkehrsachse, hier könnte die Schweiz gute Projekte realisieren, um Erfahrungen zu sammeln. Warum soll ein Bürger im Auto von Schwanden nach Glarus fahren, um dort zu arbeiten? Wie könnte die Strasse entlastet werden? Was kann die moderne Technik ihm für Alternativen bieten?»

Anreize

«Doch was steht zwischen heute und dem Jahr 2031? Einerseits die COVID-19-Krise, danach die finanziellen Herausforderungen, die sich im Finanzplan des Kantons bereits abzeichnen und die sich wohl durch die Krise noch verschärfen.» In so einer Situation, das weiss der Stabschef Feldmann, geht es darum, «Sicherheit zu schaffen und an einem gesunden Wohlstand zu arbeiten». Dies geht nicht über Verbote und Steuern, es funktioniert aber über Anreize. Ja, da ist Feldmann überzeugt, neue Technologien – etwa in der Luftfahrt oder in der Energietechnik –



schaffen neue Arbeitsplätze und wirken dem Brain-Drain, also dem Wegziehen der gut Ausgebildeten aus dem Glarnerland, entgegen. Dass er ein Regierungsrat für alle Glarnerinnen und Glarner sein will, tönt er jeweils schon in der Begrüssung an: «Ich bin Näfelser Bürger, in Schwanden aufgewachsen und arbeite in Glarus.» ●

FJ

Persönlich

Jürg Feldmann (CVP/BDP/Die Mitte Glarus), geboren am 31. August 1968 in Glarus, ist als Bürger von Näfels in Schwanden aufgewachsen und arbeitet als Hauptabteilungsleiter Militär und Zivilschutz beim Kanton in Glarus. Als gelernter Typograf studierte er in Lausanne Druckingenieur und Softwareingenieur HTL und arbeitete rund 30 Jahre als Unternehmer und in der Privatwirtschaft, zuletzt – von 2008 bis 2019 – Projektleiter und Softwareingenieur bei der Firma Nimbus AG in Ziegelbrücke. Der Vater von zwei Teenagern ist zweisprachig (Deutsch/Französisch), betreibt Ausdauersport und Judo, wo er mehrfacher Schweizer-Meister wurde und heute als Jugendtrainer tätig ist. Als Mitglied der Glarner Offiziersgesellschaft war er auch deren Präsident und wirkt dort seit bald 20 Jahren im Vorstand mit. ●

FJ